

Betriebs-Kontonummer / Beitrags-Kontonummer
---------------------------------------------

**Hinweis:**

Die Beantwortung der Fragen ist zur Prüfung des Erstattungsanspruchs erforderlich (§ 28o SGB IV, § 98 SGB X); der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber können getrennt Erstattungsanträge einreichen.

(Name / Firma)

Name und Anschrift der Einzugsstelle
--------------------------------------

Eingangsstempel der Einzugsstelle
-----------------------------------

**Antrag auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung aus einer Beschäftigung**

Nähere Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten und Ihren Rechten finden Sie unter [ikk-classic.de/datenschutzerklaerung](http://ikk-classic.de/datenschutzerklaerung)

Handschriftliche Ergänzungen bitte in Druckschrift in schwarz oder blau

**Angaben zum Arbeitnehmer**

Name		Vorname	
Geburtsname			Geburtsdatum
Straße, Hausnummer			
Postleitzahl	Wohnort		
Versicherungsnummer		Steuer-Identifikationsnummer	
beschäftigt vom - bis			

Für den Arbeitnehmer wurden an Beiträgen tatsächlich gezahlt (nach Kalenderjahren und Beitragsgruppen getrennt; bei Änderung des Beitragssatzes innerhalb eines Kalenderjahres sind die Arbeitsentgelte stets aufzuteilen):

vom	Tag	Monat	bis	Tag	Monat	Jahr	Arbeitsentgelt in EUR			
	Beitragsgruppe			Arbeitnehmeranteil in EUR			+	Arbeitgeberanteil in EUR	=	Beiträge insgesamt in EUR
vom	Tag	Monat	bis	Tag	Monat	Jahr	Arbeitsentgelt in EUR			
	Beitragsgruppe			Arbeitnehmeranteil in EUR			+	Arbeitgeberanteil in EUR	=	Beiträge insgesamt in EUR
<b>Summe der Beiträge (Übertrag):</b>										



Versicherungsnummer	Kennzeichen (soweit bekannt)

Grund für die Überzahlung (zum Beispiel Nichtbestehen von Versicherungspflicht, Zugrundelegung eines zu hohen Arbeitsentgelts)

Die Arbeitnehmeranteile  
 werden vom Arbeitgeber ausgezahlt.  sollen dem Arbeitnehmer überwiesen werden.  
 Geldinstitut (Arbeitnehmer)

IBAN (International Bank Account Number)

BIC (Bank Identifier Code)

Die Arbeitgeberanteile  sollen überwiesen werden.  
 Die Arbeitnehmeranteile und Arbeitgeberanteile  sollen dem Beitragskonto gutgeschrieben werden.  
 Geldinstitut (Arbeitgeber)

IBAN (International Bank Account Number)

BIC (Bank Identifier Code)

**1 Vom Arbeitgeber auszufüllen:**  
 Wurde vom / von Sozialversicherungsträger(n) eine Betriebsprüfung durchgeführt?  
 nein  ja, Angaben zu den letzten 2 Prüfungen:

	Prüfzeitraum			Datum der Prüfung			
	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	
vom				bis			
Sozialversicherungsträger							

---

	Prüfzeitraum			Datum der Prüfung			
	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	
vom				bis			
Sozialversicherungsträger							

Bei Erstattung von Beiträgen in **voller** Höhe bitte die Ziffern 2.1 bis 3 und 5 bis 6 ausfüllen.  
 Bei Erstattung von Beiträgen in **nicht voller** Höhe bitte die Ziffern 3 bis 6 ausfüllen.

**2 Erstattung von Beiträgen in voller Höhe (zum Beispiel Nichtbestehen von Versicherungspflicht)**

**2.1** Wurden seit Beginn des Erstattungszeitraums Leistungen beantragt, bewilligt oder gewährt?  
 - von der Krankenversicherung für den Arbeitnehmer und / oder seine Familienangehörigen (zum Beispiel ärztliche / zahnärztliche Behandlung, Krankenhausbehandlung, Krankengeld)

	Zeitraum der Leistungsgewährung			bewilligt am			
	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, vom				bis			
beantragt am							
Tag	Monat	Jahr	Art der Leistung				

Versicherungsnummer	Kennzeichen (soweit bekannt)

noch Ziffer 2.1

- von der Pflegeversicherung (zum Beispiel Pflegegeld, Pflegesachleistungen, Kurzzeitpflege)

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

 beantragt am 

Tag	Monat	Jahr

Tag	Monat	Jahr	Art der Leistung

- von der Rentenversicherung für den Arbeitnehmer und / oder seine Familienangehörigen (zum Beispiel Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rente)

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

 beantragt am 

Tag	Monat	Jahr

Tag	Monat	Jahr	Art der Leistung

- von der Bundesagentur für Arbeit (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Übergangsgeld)

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

 beantragt am 

Tag	Monat	Jahr

Tag	Monat	Jahr	Art der Leistung

Agentur für Arbeit / Kundennummer / Bedarfsgemeinschaftsnummer

**2.2** Sollen die zur Rentenversicherung zu Unrecht gezahlten Beiträge dem Rentenversicherungsträger als Beiträge zur freiwilligen Versicherung verbleiben (§ 202 Satz 1 SGB VI)?

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

**2.3** Sollen zur Rentenversicherung freiwillige Beiträge für den Erstattungszeitraum nachgezahlt werden (§ 202 Satz 2 SGB VI)?

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

**2.4** Soll der vom Arbeitgeber zurückgeforderte Beitragsanteil zur Rentenversicherung vom Versicherten an die Rentenversicherung wieder eingezahlt werden (§ 202 Satz 4 SGB VI)?

nein  ja

Versicherungsnummer	Kennzeichen (soweit bekannt)
---------------------	---------------------------------

**3** Zu Unrecht gezahlte Beiträge zur Rentenversicherung gelten nach 4 Kalenderjahren als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge (§ 26 Absatz 1 Satz 3 SGB IV). Sofern aufgrund der Arbeitgeberprüfung für die übrigen Beiträge ein Beanstandungsschutz entstanden ist (§ 26 Absatz 1 Sätze 1 und 2 SGB IV):

Sollen die betroffenen Pflichtbeiträge als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge bestehen bleiben?

nein, Verzicht auf Beanstandungsschutz vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

bei Verzicht für Teilzeiträume: Zeiträume bitte angeben

ja, Vertrauensschutz vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

**4 Erstattung von Beiträgen in nicht voller Höhe (zum Beispiel Zugrundelegung eines zu hohen Arbeitsentgelts)**

Hat der Arbeitnehmer Geldleistungen der Krankenversicherung oder Rentenversicherung erhalten, für deren Bemessung ein zu hohes Arbeitsentgelt zugrunde gelegt wurde?

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

Zeitraum der Bescheinigung des Arbeitgebers zur Berechnung des Krankengeldes, Übergangsgeldes oder Mutterschaftsgeldes sowie einer Rente

**5** Liegt ein Bescheid über eine Forderung eines Leistungsträgers (Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Agentur für Arbeit) vor?

nein  ja, vom 

Tag	Monat	Jahr

 bis 

Tag	Monat	Jahr

Art der Forderung

Leistungsträger

**6** Wurden die zu Unrecht gezahlten Beiträge von einem Dritten (zum Beispiel Ausgleichskasse nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz, Berufsgenossenschaft oder Integrationsamt) ersetzt?

nein  ja

Datum, Unterschrift des Arbeitnehmers	Datum, Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers
---------------------------------------	--------------------------------------------------

Stellungnahme der Einzugsstelle zum Abgabegrund:

Die Entscheidung über das Nichtvorliegen der Versicherungspflicht beziehungsweise Beitragspflicht liegt bei.

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Versicherungsnummer	Kennzeichen (soweit bekannt)

Die Entscheidung über das Nichtvorliegen der Versicherungspflicht wurde mit folgenden Einzugsstellen abgestimmt:

---

---

---

### Übermittlung bestimmter Erstattungsbeträge an die Finanzverwaltung

Die Erstattungsbeträge werden der Finanzverwaltung gemeldet. Für die Übermittlung der Erstattungsbeträge wird die Steuer-Identifikationsnummer benötigt.

### Angaben zur Beitragsgruppe

- Krankenversicherung: 1000 (allgemeiner Beitrag)  
3000 (ermäßigter Beitrag)  
4000 (Beitrag zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung)  
5000 (Arbeitgeberbeitrag zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung)  
6000 (Pauschalbeitrag für geringfügig Beschäftigte)  
ZBP (Zusatzbeitrag für versicherungspflichtige Arbeitnehmer)  
ZBF (Zusatzbeitrag für freiwillig versicherte Arbeitnehmer)
- Rentenversicherung: 0100 (voller Beitrag)  
0300 (halber Beitrag)  
0500 (Pauschalbeitrag für geringfügig Beschäftigte)
- Arbeitslosenversicherung: 0010 (voller Beitrag)  
0020 (halber Beitrag)
- Pflegeversicherung: 0001 (voller Beitrag)  
0002 (halber Beitrag)
- Umlagen: 0050 (Insolvenzgeldumlage)  
U1 (Umlage Krankheitsaufwendungen)  
U2 (Umlage Mutterschaftsaufwendungen)

## **Erläuterungen zu den Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung**

Die Erstattung zu Unrecht gezahlter Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung kann sich für den Versicherten insbesondere nachteilig auf

- die Erfüllung der Wartezeiten (für Renten, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder Teilhabe am Arbeitsleben),
- die Erfüllung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (ausreichende Belegungsdichte) sowie
- die Bewertung beitragsfreier und beitragsgeminderter Zeiten

auswirken.

Diese nachteiligen Auswirkungen können zum Teil durch die Umwandlung der in der irrtümlichen Annahme der Versicherungspflicht entrichteten Beiträge in freiwillige Rentenversicherungsbeiträge oder Nachzahlung von freiwilligen Rentenversicherungsbeiträgen vermieden werden. Hierfür sieht das Gesetz folgende Möglichkeiten vor:

- Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden weder vom Arbeitnehmer noch vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.2 des Antrags).

Sie gelten dann bei Vorliegen der Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Beiträge als rechtzeitig gezahlte freiwillige Rentenversicherungsbeiträge.

- Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.3 des Antrags).

Der Erstattungsanspruch steht dem zu, der die Rentenversicherungsbeiträge getragen hat. Neben dem Arbeitnehmer hat somit auch der Arbeitgeber einen Erstattungsanspruch. Machen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber von ihrem Erstattungsrecht Gebrauch, so besteht für den Versicherten über den Rahmen der für freiwillige Rentenversicherungsbeiträge grundsätzlich geltenden Frist (bis zum 31.3. des Folgejahres) hinaus eine besondere Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Rentenversicherungsbeiträge.

Bei Vorliegen der Versicherungsberechtigung darf der Versicherte für den Erstattungszeitraum innerhalb von 3 Monaten, nachdem die Beanstandung der zu Unrecht gezahlten Beiträge unanfechtbar geworden ist, freiwillige Rentenversicherungsbeiträge nachzahlen. Hierbei kann der Versicherte sowohl die Anzahl als auch die Höhe der freiwilligen Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten selbst bestimmen.

- Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden nur vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.4 des Antrags).

Verzichtet der Arbeitgeber nicht auf seinen Erstattungsanspruch, so hat der Versicherte die Möglichkeit, den dem Arbeitgeber erstatteten Beitragsanteil zur Rentenversicherung wieder (in voller Höhe) einzuzahlen.

Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge gelten dann bei Vorliegen der Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Beiträge als rechtzeitig gezahlte freiwillige Rentenversicherungsbeiträge.

## **Hinweis zur Durchführung von Arbeitgeberprüfungen und zum Beanstandungsschutz (Ziffer 3 des Antrags)**

Sind Pflichtbeiträge in der Rentenversicherung für Zeiten nach dem 31.12.1972 trotz Fehlens der Versicherungspflicht nicht spätestens bei der nächsten Prüfung beim Arbeitgeber beanstandet worden, ist vom Rentenversicherungsträger eine Vertrauensschutzprüfung durchzuführen. Beiträge, die aufgrund des Vertrauensschutzes nicht mehr beanstandet werden dürfen, gelten als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge. Auf den Beanstandungsschutz kann der Arbeitnehmer - auch für Teilzeiträume, dann jedoch nur für volle Kalendermonate - verzichten.

Unabhängig von einer Arbeitgeberprüfung gelten Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung, die wegen Fehlens der Versicherungs- und / oder Beitragspflicht zu Unrecht gezahlt wurden, nach Ablauf von 4 Jahren nach dem Kalenderjahr, in dem die Beiträge gezahlt wurden, als zu Recht entrichtete Pflichtbeiträge. Auf diese Fiktion kann nicht verzichtet werden. Eine Beanstandung und Erstattung dieser Beiträge ist daher ausgeschlossen.

Weitere kostenlose Informationen sind beim zuständigen Rentenversicherungsträger, seinen Auskunfts- und Beratungsstellen und Versichertenberatern / Versichertenberaterinnen beziehungsweise Versichertenältesten sowie den örtlichen Versicherungsämtern und den Stadtverwaltungen und Gemeindeverwaltungen erhältlich.